Wilsdruffer Tageblatt

Rationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Alle Postanstalten, Briefträger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5 gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 52. — 87. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Donnerstag, den 1. März 1928

Platz an der Sonne.

Wirtschaftliche Unzufriedenheit.

Die Arbeitskämpfe in der deutschen Braunkohlenindustrie und die Zwistigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Metallindustrie, die mühsam genug und in der letzten Minute geschlichtet wurden, waren nur ein Auftakt. Eine Welle wirtschaftlicher Unzufriedenheit durchzieht das ganze deutsche Volk: man sieht an allen Ecken und Kanten, daß die wirtschaftliche Hochkonjunktur des letzten Jahres doch nur ein recht künstliches Produkt war. Die Folgen davon werden wir in den nächsten Monaten mehr als reichlich zu spüren bekommen. Die Bergarbeiterverbände im Ruhrrevier haben jetzt dem Zechenverband das Mehrarbeitsabkommen für den Ruhrbergbau gekündigt in der Absicht, die Überstunden, die bisher geleistet worden sind, für die Zukunft abzuschaffen. An dieser Kündigung sind nicht etwa nur politisch radikale Gewerkschaften beteiligt, sondern auch die gemäßigten Arbeiterkreise wollen eine andere Regelung der Arbeitszeit durchsetzen. Das stellt den Ruhrbergbau vor die Entscheidungsfragen, welche Zechen bei verkürzter Arbeitszeit und vielleicht höherem Lohn überhaupt noch rentabel sind; zweifellos werden die bevorstehenden Kämpfe die Stillegung einer ganzen Reihe von Zechen erzwingen, also überall dort, wo die betriebstechnischen Verhältnisse die Unrentabilität in demselben Augenblick in die Erscheinung treten lassen, wenn der Lohnfaktor noch weiter ansteigt. Bisher ist unter dem Druck des Reichsarbeitsministeriums, dem sich der Wirtschaftsminister anschloß, eine Heraufsetzung des Kohlenpreises verhindert worden; ohne weiteres ist damit zu rechnen, daß bei einem für die Arbeiter günstigen Ausgang des Wirtschaftskampfes im Bergbau sich die Rückwirkungen dann auch im Kohlenpreis geltend machen werden. Und damit in der ganzen Industrie.

Auch in der Metallindustrie ist die Krisis noch längst nicht überwunden. In Berlin sind durch eine verhältnismäßig kleine Arbeitergruppe, die Werkzeugmacher, fünf große Betriebe bestreikt worden und die Folge davon ist, daß wohl schon in den nächsten Tagen die Gesamtbetriebe stillgelegt werden. Damit haben die Arbeiter in diesem Kampf die Initiative ergriffen, weil man sich in Gewerkschaftskreisen natürlich von vornherein klar darüber war, daß dem Teilstreik die Gesamtaussperrung zwangsmäßig folgen müsse. Vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, ist es überaus beklagenswert, daß die Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sofort diese schroffen Formen angenommen haben und damit auch den künftigen Arbeitskämpfen ein bestimmtes Gesicht geben. Leider ist also damit zu rechnen, daß dieses harte Aufeinanderprallen nur der Anfang schärfster Kämpfe sein wird. Das gilt auch für den Bergbau. Selbstverständlich wird sich dort die Arbeitgeberschaft bis aufs äußerste dagegen wehren, durch Lohnheraufsetzung und Arbeitszeitverkürzung die Erzeugungskosten in einem Augenblick zu steigern, in dem es den Anschein hat, als könnte der deutsche Bergbau durch eine Konvention den Kampf gegen die englische Konkurrenz aus der Welt schaffen; aber andererseits werden die Arbeiter nicht von ihrem Standpunkt abzubringen sein, daß ihre Löhne angesichts der wirtschaftlich günstigen Lage der deutschen Industrie auch entsprechend erhöht werden müssen.

Die allgemeine Unzufriedenheit hat aber auch die Kreise des Handels und des Kleingewerbes längst ergriffen. Bezeichnend dafür war eine große Versammlung, die vor kurzem in Münster stattfand und eine vieltausendköpfige Menge von Handel- und Gewerbetreibenden zusammenführte. Man wird ohne weiteres den Klagen, die dorther stammen, recht geben müssen. Die Arbeiter kämpfen um Besserstellung, die Beamten sind durch die Besoldungserhöhung in eine günstigere Lage gekommen —, so wird man es dem Mittelstand nicht verdenken können, daß auch er den Platz an der Sonne zu erringen wünscht. Drückend und immer drückender wird die Steuerlast, werden die Anforderungen, die vom Reich, von den Ländern und Gemeinden an jeden einzelnen gestellt werden. Das wächst mit jedem Monat und etwas Entscheidendes zur Herabdrückung der Kosten der öffentlichen Verwaltung geschieht leider immer noch nicht oder nur sehr wenig und langsam. Die Landwirtschaft hat unmißverständlich damit gedroht, den Staat zu zwingen, ihr in ihrer Notlage zu Hilfe zu kommen; die Arbeiterschaft geht denselben Weg und da will auch der Mittelstand sich nicht an die Wand drücken lassen. Die deutsche Volkswirtschaft wird also schweren Zeiten, erbitterten Kämpfen entgegengehen müssen, bei denen vielleicht mancher auf der Strecke liegenbleiben wird.

Der neue britische Botschafter in Berlin.

Sir Horace Rumbold.

Als Nachfolger für den auf den Posten des Unterstaatssekretärs im Foreign Office berufenen Berliner Botschafter, Sir Ronald Lindsay, hat die britische Regierung ihren bisherigen Botschafter in Madrid, Sir Horace Rumbold, in Aussicht genommen und das Agrement der Reichsregierung für ihn eingeholt und erhalten.

Der künftige Berliner Botschafter steht im 60. Lebensjahr. Er entstammt einer alten Diplomatenfamilie und ist eine der markantesten Persönlichkeiten der britischen Diplomatie. Seine Karriere, die 1890 im Foreign Office begann, führte ihn nach Kairo, Athen, Teheran, Wien und Madrid, bis er 1908 Geschäftsträger in München

Sir Horace Rumbold.

wurde; als Botschaftsrat und zeitweilig Geschäftsträger fungierte er von 1909 bis 1912 in Tokio, wurde im November 1913 Botschaftsrat in Berlin und vertrat in dieser Eigenschaft als Geschäftsträger in den entscheidenden Julitagen des Jahres 1914 den Botschafter Sir Edward Goschen bis zu dessen Rückkehr aus dem Urlaub am 27. Juli. 1916 wurde er Gesandter in Bern, 1919 in Warschau, 1920 Botschafter in Konstantinopel und 1926 in Madrid. Seine verschiedenen Stellungen in der ersten Nachkriegszeit gaben ihm Gelegenheit, an der Regelung wichtiger Fragen der europäischen Neuordnung maßgeblich mitzuwirken. Seine außerordentlichen Sprachkenntnisse — er beherrscht u. a. die arabische, persische und japanische Sprache neben der deutschen und französischen — sind ihm bei seiner bisherigen glanzvollen Laufbahn besonders zustatten gekommen. In Madrid, wo er ein großes Haus aufmachte, hat Sir Horace u. a. mit dem deutschen Botschafter, Grafen Welczek, freundschaftlich verkehrt.

Bauernnot vor dem Reichstage

Schiele fordert Hilfe für das Land.

Eine deutsche Lebensfrage.

Im Reichstag stand Mittwoch der an und für sich stets wichtige, im Augenblick aber in ganz besonderer Weise interessierende Haushalt des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft in zweiter Lesung auf der Tagesordnung. Reichsernährungsminister Schiele verbreitete sich dabei in eingehender Weise über die jetzige Lage der Landwirtschaft.

Sitzungsbericht.

(189. Sitzung.) CB. Berlin, 29. Februar.

Reichsernährungsminister Schiele, von den Kommunisten mit dem Rufe „Minister zur Aushungerung der Arbeiterschaft!" empfangen, begann seine Ausführungen mit dem Hinweis darauf, daß die Landwirtschaft am Abschluß einer Periode stünde, die das Ergebnis von vier schweren, entbehrungsreichen und mit Verlusten verknüpften Jahren sei. Die Entwicklung dränge zu einer Entscheidung. Reich und Länder würden angesichts der schwer um ihr Dasein ringenden Landwirtschaft zur Hilfeleistung gedrängt. Die im Notprogramm der Regierung vorgesehene Umschuldungsaktion könne der Landwirtschaft nur hinweghelfen über die Zeit bis zur nächsten Ernte.

Eine dauernde Hilfe

könne jedoch nur bewirkt werden dadurch, daß durch wirtschaftspolitische Maßnahmen die Landwirtschaft wieder rentabel gemacht wird. Die schwere Vorkriegslage der Landwirtschaft werde verschärft durch die Verhältnisse auf den Viehmärkten. Die Schweinepreise der letzten Monate lagen 20 Prozent unter den Erzeugungskosten. Das Ziel der

Eigenversorgung mit frischem Fleisch

in Deutschland sei im wesentlichen erreicht. Der Fleischverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung habe im letzten Jahre um 52,42 Kilogramm den Verbrauch der Vorkriegszeit überschritten. Erreicht werden soll eine Stabilisierung der Viehpreise und eine Verminderung der Preisspanne zwischen Erzeuger und Verbraucher. Der Rentenbankkreditanstalt solle die Finanzierung der landwirtschaftlichen Produktion erleichtert werden. Zu dem gleichen Zweck sollen 25 Millionen den Genossenschaften zur Verfügung gestellt werden. Als Notfonds für die schleunige Durchführung der vorgesehenen Hilfsmaßnahmen seien 30 Millionen vorgesehen. Die

Nachkriegsverschuldung der Landwirtschaft

habe bis Herbst 1927 die erschreckende Höhe von 7 Milliarden erreicht. Die Zinsenlast sei auf rund eine Milliarde jährlich angewachsen. Die nächste und drängendste Aufgabe sei die Umwandlung der drückenden hochverzinslichen und kurzfristigen Landwirtschaftsschulden in langfristige Realkredite. Zur Durchführung dieser Umschuldung werde die Regierung den Territorialkreditinstituten Kassenvorschüsse von zunächst 100 Millionen gewähren. Das vorgesehene Hilfsprogramm werde die gegenwärtige landwirtschaftliche Krise allerdings nur mildern können. Von den 4 Milliarden, die im letzten Jahre für eingeführte ausländische Ernährungsmittel ausgegeben worden seien, müßten 3 Milliarden der inländischen Erzeugung zugeführt werden. Voraussetzung dafür sei, daß der deutschen Landwirtschaft durch eine

planmäßige Handelspolitik

die unbedingt erforderliche Sicherheit und der nötige Rückhalt gegeben werde. An die Stelle der bisherigen Notstandsmaßnahmen auf dem Gebiete der Erwerbslosigkeit müsse die produktive Lösung treten. Zur erfolgreichen Gestaltung der deutschen Zukunft gebe es nur den Weg über eine wieder gesundende deutsche Landwirtschaft. (Beifall rechts.)

Die Aussprache.

Abg. Tempel (Soz.) meinte, der Landwirtschaft könne nur geholfen werden durch eine Förderung der Kaufkraft der breiten Verbrauchermasse. Eine Ursache der Landwirtschaftskrise sei die Rückständigkeit der landwirtschaftlichen Produktion in Deutschland. Die Sozialdemokratie sei bereit, Mittel für eine bessere technische Schulung zu bewilligen. Eine weitere Ursache der Notlage sei die Desorganisation des Marktes, die dazu geführt hätte, daß der Bauer seine Ware der Spekulation überlasse, was die Preisspanne zwischen dem Erzeuger und dem Verbraucher in ungesunder Weise steigere. Schließlich sei die Bauernnot eine Folge der ungesunden Bodenverteilung. Die Verschuldung der Landwirtschaft habe tatsächlich eine erschreckende Höhe erreicht. Aber die kleinen und mittleren Bauern seien weniger verschuldet als die Großgrundbesitzer. Die 100 Millionen, die die Futtermittelzölle gebracht hätten, seien den deutschen vieherzeugenden Bauern entzogen worden. Es sei nicht wahr, daß die gesamte Landwirtschaft von der Steuerlast erdrückt werde. Der Redner fragt den Minister, was an den von der Presse behaupteten Beziehungen zwischen dem Reichsernährungsministerium und der Speck vertreibenden Firma „Bacon Company" Wahres sei. Der Redner verlangt schließlich Aufhebung der Futtermittelzölle und Förderung des Fleischimports.

Reichsernährungsminister Schiele verwies in der Angelegenheit der Bacon Company auf sein Dementi, das erklärte, er und sein Ministerium stünden diesen Dingen völlig fern. Alles, was darüber gesagt sei, sei aus der Luft gegriffen.

Abg. Jandrey (Dtn.) bestritt, daß die große Verschuldung sich auf die Großgrundbesitzer beschränke. Auch der Landarbeiter bekäme beim Verkauf seines Schweines so niedrige Preise, daß nicht einmal seine Selbstkosten gedeckt würden. Die von der Regierung geplante Hilfsaktion dürfe

nur als ein Anfang angesehen

werden. Das Kontingent von 120 000 Tonnen zollfreien Gefrierfleisches entspräche einer Menge von 1 200 000 Schweinen. Würden diese der Landwirtschaft abgenommen, so wäre das schon eine große Hilfe. Wenn nicht geholfen würde, dann würden die deutschen Bauern mit den deutschen Handwerkern und Kaufleuten zusammen nach Berlin kommen, um in ruhiger, stiller Demonstration zu zeigen, wie es der Landwirtschaft geht.

Abg. Reyses (Ztr.) meinte, die jetzige Hilfsaktion komme reichlich spät, nachdem die Landwirtschaft jahrelang vergeblich auf die wachsende Not hingewiesen hätte. Die Not der Klein- und Mittelbauern sei größer als die der Großbesitzer. Ihnen ginge es in vielen Fällen schlechter als den Erwerbslosen. Die

Abwanderung aus landwirtschaftlichen Gebieten

sei erschreckend, besonders in Ostpreußen und im Westen des Reiches. Eine wesentliche Steuererleichterung für die Länder müßte kommen, vor allem müßten Reich und Staat die Schullasten übernehmen. Hoffentlich komme es darüber noch zu einer Einigung mit den Reparationsagenten.

Abg. Janson (D. Vp.) erklärte, die Landwirtschaft sei durch die Aufzehrung des Betriebskapitals, durch die Inflation und die Steuern zur Aufnahme von Krediten gezwungen worden. Das Notprogramm dürfe nur ein erster Schritt sein, dem weitere folgen müßten. Zur Hebung des Milchabsatzes sollte man sich bemühen, die Qualität zu verbessern. Selbst die Nebenbetriebe der Landwirtschaft, die früher einen gewissen Notgroschen sicherten, seien unrentabel.

Der Redner verlangte einen Abbau der Grundsteuer und eine Reform der Arbeitslosenversicherung, wandte sich gegen jede polnische Schweineeinfuhr und forderte schließlich, daß die Hilfe auch auf die notleidenden Winzer ausgedehnt werde.

Abg. Lang (Bayer. Vp.) machte für die erschreckende Landflucht zum großen Teil die Erwerbslosenfürsorge verantwortlich. Das Arbeitslosenproblem müsse auf eine ganz andere Grundlage gestellt werden. Die Finanzämter müßten besondere Rücksicht in der Siedlerfrage auf die Siedler nehmen, die sich mit eigenen Mitteln ansiedelten.

Amerikas Meinung zum Friedenspakt.

Nur allgemeine, keine Teilverträge.

Die jetzt in Paris überreichte Note der Vereinigten Staaten zu der Frage des Antikriegspakts unterscheidet sich im wesentlichen nicht von der früheren Stellungnahme der amerikanischen Regierung. Sie will nichts wissen von einem besonderen Bündnis mit Frankreich, sondern beharrt bei ihrer Anregung, ein Friedenspakt könne nur auf allgemeiner Zustimmung beruhen.

Die neue Note des Staatssekretärs Kellogg an den Minister des Äußern Briand legt nochmals eindringlich dar, daß Frankreich, wenn es einen zweiseitigen Vertrag als nicht gegen seine Verpflichtungen gegenüber dem Völkerbunde verstoßend betrachte, einem mehrseitigen Vertrage zwischen den europäischen Großmächten und den Vereinigten Staaten ebenso unbedenklich zustimmen könne. In Regierungskreisen wird besonders auf den letzten Absatz der Note Kelloggs hin-

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF